

Antrag 14/I/2021

AfB-Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Stärkung der politischen Bildung an berufsbildenden Schulen

- 1 1. Das Unterrichtsfach Politik wird an berufsbildenden Schulen aufgewertet, indem es in der BBS-VO als
- 2 für die Demokratie wichtiges Fach auf zwei Wochenstunden im Schuljahr in allen Bildungsgängen
- 3 verbindlich festgelegt wird.
- 4 2. Für die Vorbereitung auf die Berufsabschlussprüfung in dem Teil Wirtschaft und Soziales in der Be-
- 5 rufsschule werden zusätzliche Stunden eingeplant.
- 6 3. Am Beruflichen Gymnasium wird ein neues Unterrichtsfach Politik-Geschichte geschaffen, so dass
- 7 politische Bildung bis zum Abitur möglich wird.

8

9 Begründung

10 Die Berufsbildenden Schulen sind die letzte Chance für Demokratiebildung im schulischen System. Sie sind
11 eine wichtige Sozialisationsinstanz für politische Bildung.

12 Zu 1: Bisher kann nach den Regularien der BBS-VO im schlechtesten Fall sogar auf Politik als Unterrichtsfach
13 zugunsten anderer Fächer verzichtet werden. Daher ist das Fach Politik „vor die Klammer“ zu ziehen.

14 Zu 2: Die Prüfungsthemen für die Abschlussprüfung in Wirtschaft und Soziales bilden den „geheimen Lehr-
15 plan“ und lassen dadurch nur wenig Zeit für den Kompetenzerwerb, der sich aus der Rahmenrichtlinie Po-
16 litik ergibt.

17 Zu 3: Im Beruflichen Gymnasium wird das Fach Politik nicht unterrichtet. Es wurde durch Geschichte ersetzt.
18 Eine Erweiterung um Anteile aus dem Bereich Politik ist unbedingt erforderlich.

19

Empfehlung der Antragskommission

Annahme